

NÖ Landtagswahlen 2023 | Fünf Fragen an die Parteien zu den Themen Asylpolitik, Integration und Partizipation

Fragen:

Parteien:

Asyl- und Integrationsagenden:
Asyl- und Integrationsagenden müssen auf Basis von menschenrechtlich fundierter Expertise, rechtsstaatlichen Prinzipien, Sachwissen und Respekt vor anderen Menschen geplant und umgesetzt werden. Zeitgemäße Asylpolitik befasst sich mit der Öffnung des Arbeitsmarkts für Geflüchtete, Aus-bildungszugang für Geflüchtete und mit Fluchtursachen etc.
Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass bei der zukünftigen Vergabe des Ressorts Politiker*innen betraut werden, die
 # die o.a. Anforderungen erfüllen
 # imstande sind, ein obligatorisches Integrationskonzept vorzulegen und umzusetzen
 # Asyl- und Flüchtlingsthemen nicht als Schreckgespenst, sondern als rational zu lösende Aufgabe verstehen?

Wahlrecht für Migrant*innen:
*Menschen ohne österreichischen Pass dürfen, egal wie lange sie hier leben, nicht wählen (außer EU-Bürger*innen auf kommunaler Ebene). In Niederösterreich sind 11,3% der Bevölkerung von der Wahl ausgeschlossen. Eine Stärkung des Wahlrechts hat positive Integrationseffekte und ist demokratiepolitisch notwendig.*
Wird Ihre Partei Schritte setzen, um Personen mit Migrationshintergrund - die seit mindestens fünf Jahren ihren Lebensmittelpunkt und Hauptwohnsitz in Österreich haben - das Wahlrecht auf Landesebene einzuräumen?

Unterbringung Asylwerber*innen:
*Niederösterreich unterschreitet seit Jahren seine vereinbarte Quote zur Unterbringung von Asylwerber*innen. Die Bundesquartiere in Niederösterreich mitgerechnet – obwohl sie zur Gänze vom Bund finanziert und betrieben werden – erfüllt Niederösterreich knapp 80% der Quote. In Zahlen: in Bundesquartieren befinden sich derzeit rund 2.800 Geflüchtete in Grundversorgung. In Landesgrundversorgung sind aktuell 1.353 Asylwerber*innen.*
Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, dass zukünftig
 • die Aufnahmequote in NÖ erfüllt wird
 • Asylwerber*innen - wie vorgesehen - in Landesquartiere übernommen werden
 • Quartiergeber*innen die Teuerung ausgeglichen wird?

Mobilität und Integration:

** Mobilität, abseits von Autoverkehr, ist ein Grundbedürfnis vieler Menschen. Aktuelle Teuerungen erschweren die Erfüllung dieses Grundbedürfnisses für sozial schwache Bevölkerungsgruppen. Ein leistbares Öffi-Ticket (Fair Ticket) im Verkehrsverbund Ostregion für sozial benachteiligte Menschen mit niedrigem Einkommen fördert die Lebensqualität, den sozialen Zusammenhalt, eine gute Integration und trägt zum Klimaschutz bei (Vorbild „Faircard-maximo fair“ in Vorarlberg).*
** Deutschkurse für Asylwerber*innen sind in den Bundesländern Vbg, Ktn, T, Sbg, OÖ, jedoch nicht in Niederösterreich zugänglich. Spracherwerb, abgesehen vom Ausgang des Asylverfahrens, ist eine finanzierbare Maßnahme, die einfach zu organisieren ist und bildet den Grundstein jeder Integration. Basisbildung, so wie der Pflichtschulabschluss, ist ein Grundrecht jedes Menschen. Geflüchtete Jugendliche unter 18 Jahren sind explizit aus der „Ausbildungspflicht bis 18“ ausgenommen, dadurch fallen viele Jugendliche aus dem Bildungssystem.*
Wird sich Ihre Partei einsetzen für
 • ein Fair Ticket?
 • ausreichende und flächendeckend gratis Deutschkurse?
 • die Aufnahme geflüchteter Jugendliche in die Ausbildungspflicht bis 18 Jahre?

Zivilgesellschaftliche Partizipation:
*Ehrenamtliches Engagement wird in NÖ in allen sozialen Belangen in großem Ausmaß geleistet. Ohne dieses Engagement wäre die konstatierte Spaltung der Gesellschaft noch größer, würden Menschen auf der Straße stehen, hätten Familien nicht genug zu essen, würden Kinder dem Schulunterricht nicht folgen können etc. Täglich werden Aufgaben des Staates von einzelnen Bürger*innen oder von Initiativen übernommen. Dieses Engagement darf nicht erschwert werden, sondern soll unterstützt werden. Es sollte die Beteiligung der Bürger*innen im politischen und sozialen Geschehen gefördert werden. Die Vorarlberger Praxis der Bürger*innenräte und das Büro für Freiwilliges Engagement und Beteiligung sollten geprüft und entsprechend umgesetzt werden. Maßnahmen wie der Klimarat der Bürger*innen sollten übernommen werden.*
Wird sich Ihre Partei für themenspezifische, wirkungsvolle und de facto Partizipationsmöglichkeiten der Zivilgesellschaft einsetzen?

Kommentare der Parteien zu den gestellten Fragen

GRÜNE	SPÖ	KPÖ plus	FPÖ	NEOS	ÖVP	Grüne	SPÖ	KPÖ plus	FPÖ	NEOS	ÖVP
ja	ja	ja	nein	ja	keine Antwort	In Niederösterreich haben wir ein Proporzsystem in der Landesregierung, dh., dass die Parteien nach Wahlergebnis und Stärke dort vertreten sind. Die Geschäftseinteilung macht die Landesregierung nach Mehrheit aus. Insofern ist es unredlich etwas zu versprechen, was wir vielleicht nicht beeinflussen kann. Öffentlich und damit politisch haben sich die Grünen immer klar positioniert! Eine Besetzung wie in der Periode 2018 bis 2023 darf nicht Wiederholung finden!	Die SPÖ steht für eine menschliche und realistische Migrations- und Asylpolitik. Deshalb wollen wir Asylentscheidungen beschleunigen, um so schnellstmöglich Klarheit und Rechtssicherheit zu schaffen und Asylwerber*innen Zugang zum Arbeitsmarkt und einem selbstbestimmten Leben eröffnen. Hierfür benötigen wir einen aktiven Staat, der Integration ermöglicht, statt Menschen im kalten Winter in Zelte zu stecken.	Im Boot ist Platz, es ist eine Schande, dass in unserem reichen Land, Menschen in unwürdigen Quartieren weggesperrt werden oder den Flüchtenden überhaupt der Zugang zum Land versperrt wird. Es ist eine Schande, dass die herrschende Politik zulässt, dass mit Rassismus und Angst rechte, radikale Parteien Stimmen fangen können. Allen voran die ÖVP die einen Herrn Waldhäusl unwidersprochen agieren lässt. Dabei gibt es so Viele die bereit wären neu Zuziehende aufzufangen, im Ort mit Sprachkursen, Spenden, Willkommenkaffees, ... zu betreuen, um ein erstes Ankommen zu ermöglichen. Diese Bereitschaft muss ernst genommen und unterstützt werden, nicht auch noch behindert.	Eine komplexe Fragestellung auf eine Ja/ Nein Antwort herunterzubrechen ist schwierig. Generell ist die FPÖ für die Lösung: Grenzen schließen, illegale zurück-weisen und Asylstraftäter abschieben. • Die genannten, können nur ein Teil der Anforderungen sein, welche ein Politiker erfüllen muss um „dieses Ressort“ managen zu können. Vor allem weil „dieses Ressort“ unbestimmt ist. Ist hier das Innenministerium gemeint, dann sind vor allem andere Anforderungen wesentlich wichtiger. Aber auch für ein reines „Assimilations- und Rückführungs-Ressort“ wären noch weitere Attribute zu erfüllen. • Die FPÖ-NÖ ist der Auffassung, dass es der falsche Zugang ist, bloß Integrationskonzepte zu erstellen und umsetzen zu wollen. Dies würde nämlich implizieren, dass es von vornherein klar ist, dass die Asylanter bleiben. Wichtiger ist es, die Asylverfahren zu beschleunigen und idealerweise binnen weniger Wochen rechtswirksam abzuschließen. Vor allem sollte ein Plan zur schnellen Ausreise rechtswirksam negativ beschiedener Personen erstellt und umgesetzt werden. • Die FPÖ nimmt das Thema als einzige Partei tatsächlich ernst und liefert rationale – und nicht emotionale - Lösungen.	Wir, als NEOS haben in den letzten 5 Jahren mehrmals ein umfassendes Integrationskonzept vom zuständigen Landesrat gefordert und werden dies auch weiterhin tun. Auch erwarten wir vom zukünftigen/ der zukünftigen Landesrat/rätin, dass sie diese Aufgabe rational und evidenzbasiert löst. Für uns ist aber klar, dass wir die Asyl- und Integrationsagenden definitiv nicht bei einem FPÖ Landesrat sehen wollen.	keine Antwort
ja	ja	ja	nein	ja	keine Antwort	Wesentlich erachten wir die Möglichkeit, dass es für in Österreich geborene Menschen den Zugang zur Staatsbürgerschaft geben muss, wenn die Eltern Aufenthaltsrecht haben.	Wir wissen von einer Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofs aus 2004, dass Länder nicht eigenständig das Wahlrecht erweitern dürfen. Außerdem ist das Wahlrecht ein Recht, das unserer Meinung nach ausschließlichen Staatsbürger*innen zustehen sollte – die Ausnahme der EU-BürgerInnen bei Kommunalwahlen finden wir gut, da es die europäische Integration stärkt. Wir treten jedoch für einen fairen Zugang zur Staatsbürgerschaft ein. Es kann nicht sein, dass Integration und Staatsbürgerschaftserwerb an finanziellen Hürden oder zu strengen Verfahrensvorschriften	Die KPÖ fordert die Einführung der Residenzbürger*innenschaft: Gleiche demokratische und soziale Rechte dort wo Menschen ihren Lebensmittelpunkt haben. Das Wahlrecht darf nicht an den Pass gebunden sein. Gleichzeitig müssen demokratische Möglichkeiten ausgebaut werden, um echte Mitbestimmung dort zu erreichen, wo man betroffen ist – Stichwort partizipative Demokratie.	Wahlrecht ist Staatsbürgerrecht. Somit ein klares NEIN von Seiten der FPÖ. Noch eine kurze Erläuterung: Die aufgestellte Prämisse ist bereits falsch. Weder hat das Wahlrecht für Ausländer einen positiven Integrationseffekt, noch besteht eine demokratiepolitische Notwendigkeit. Das ist schlichtweg eine Behauptung. Die FPÖ wird sich immer dafür einsetzen, dass die Gesetze und das Schicksal des Landes von der eigenen, der autochthonen, Bevölkerung gesteuert wird. Niemals ist Fremdbestimmung eine Alternative. Der bloße Wohn- oder Aufenthaltsort kann keine grundlegenden Rechte wie das Wahlrecht begründen.	Wer mindestens seit fünf Jahren seinen Hauptwohnsitz in Österreich hat soll auch auf Landesebene wählen dürfen.	keine Antwort
ja	ja	ja	nein	ja	keine Antwort	kein Kommentar	scheitern. Die Dauer des rechtmäßigen Aufenthalts sollte auf 6 Jahre verkürzt werden. Wir wollen den Zugang zur Staatsbürgerschaft erleichtern und Menschen mit Migrationshintergrund somit das Wahlrecht einräumen. Hier ist die Solidarität zwischen den Bundesländern gefragt. Dass Niederösterreich sich aus der Verantwortung stiehlt und sich weigert an einem funktionierenden Österreich beizutragen, ist ein Skandal. Als SPÖ wollen wir natürlich, dass sich Niederösterreich ans geltende Recht hält und sich nicht wie derzeit einen schlanken Fuß macht auf Kosten anderer.	Wie bereits oben beschrieben halten wir es zudem für sinnvoll Menschen in den Städten und Gemeinden unter zu bringen statt in Massenquartieren. Quartiere und Wohnungen dafür sind vorhanden, wurden oft vor einigen Jahren extra dafür adaptiert und stehen heute leer. Vor allem dort, wo es die Bereitschaft gibt, ein Ankommens-Umfeld zu organisieren. Nur in den Gemeinden können Geflüchtete Anschluss an die Wohnbevölkerung und Arbeit finden, nur so können Ängste und Vorurteile abgebaut werden: „Der Ausländer“ ist selten meine Arbeitskollegin oder mein Nachbar, „der Ausländer“ ist der mir fremde Mensch.	Niederösterreich leidet dank ÖVP und Grünen unter massivem Asylmissbrauch. Vielmehr wirkt es wie Asyltourismus, wenn Personen aus Ländern wie Indien, Tunesien oder Marokko denken, dass sie unter dem Deckmantel des Asylrechts eine alimentierte Bleibe im österreichischen Sozialsystem finden. Die Genfer Flüchtlingskonvention fände in den meisten Fällen keine Anwendung, weil ein hinreichender Fluchtgrund nicht besteht. Mikl-Leitner und die ÖVP agieren hilflos, planlos und verantwortungslos. Die FPÖ ist der Gegenpol und steht auf der Seite der Bevölkerung. • Die FPÖ ist der Auffassung, dass die Quote massiv nach unten korrigiert werden muss. Null ist die einzig sinnvolle Zahl. • Asylverfahren sollen schnellstmöglich abgeschlossen werden. Für die Mehrheit der Reiselistigen wird es nach freihetlicher Vorstellung nicht notwendig sein, längerfristig in Österreich zu planen • Private Quartiergeber kommen im freihetlichen Rückführungskonzept nicht vor. Bis zum Asylbescheid ist die Versorgung eine staatliche Aufgabe.	Die Bundesregierung muss die Bundesländer an ihren Versprechen hinsichtlich der Quotenerfüllung erinnern. Es darf nicht sein, dass in Österreich Flüchtlingen in Zelten wohnen müssen. Hier braucht es eine gerechte Verteilung. Niederösterreich muss entsprechend der vereinbarten Quoten Flüchtlinge aufnehmen und menschenwürdig versorgen.	keine Antwort
ja	ja	ja	nein	ja	keine Antwort	Zu Faircard haben die Grünen im November 2022 einen Antrag im Landtag eingebracht, der wurde von ÖVP, SPÖ und FPÖ abgelehnt. Ebenso gab es in mehreren Anträgen und Anfragen von uns die Forderung nach ausreichenden und gratis Deutschkursen für alle Asylwerber:innen.	Die Stärkung der Öffis ist eines unserer Hauptanliegen für die soziale und ökologische Transformation des Landes. Ein Fair Ticket ist hierfür eine passgenaue Maßnahme, um eine Mobilitätsgarantie umzusetzen. Sprachkenntnisse sind der Schlüssel zur Integration, weshalb wir diese dringend fördern wollen. Die Aufnahme geflüchteter Jugendlicher in die Ausbildungspflicht ist derzeit leider nur nach einem entschiedenen Asylverfahren möglich. Deshalb wollen wir als SPÖ diese Verfahren beschleunigen, um Rechtssicherheit für alle Seiten zu schaffen.	Die KPÖ fordert seit langem kostenfreien öffentlichen Verkehr. Vielfältige Studien zeigen, dass dieser leistbar wäre, im Gegenteil mehr Kosten für die Kontrolle und Bereitstellung von Fahrkarten anfallen, als diese einspielen. Der gleiche und Zugang zu Bildung und eine qualitativ gute, angstfreie Bildung für alle ist, ist zentrales Anliegen unserer Politik. Sicherlich profitieren gerade Kinder und Jugendliche vor dem Hintergrund der Erfahrungen die die Flucht mit sich brachte, von einem geregelten Umfeld, das Abwechslung und soziale Kontakte bringt.	Die FPÖ ist klar gegen eine Vollamentierung von Asylanter – mit und ohne positivem Asylbescheid. • Ein Ticket ist in Österreich – mit wenigen Ausnahmen – generell kostenpflichtig und höchstens mit Ermäßigungen für bestimmte Bevölkerungsschichten (Kinder, Senioren, Studenten,...) zu haben. Österreicher dürfen auf keinen Fall schlechter gestellt werden als Ausländer. Daher ist von der Gratis-Mentalität abzusehen. Des Weiteren sollen Asylanter weitestgehend in dem Umfeld ihrer Unterkunft bleiben und nicht auf Steuerzahlerkosten kreuz und quer durch Österreich fahren. • Integration ist eine Bringschuld der Asylwerber. Es ist falsch so zu tun, als hätten alle Asylwerber kein Geld. Alleine die Reise über teilweise mehrere Kontinente und unzählige Länder kostet viel. Daher sind die Deutschkurse im freihetlichen Konzept verpflichtend, aber vom Asylanter selbst zu bezahlen. Asyl bedeutet Schutz auf Zeit! • Zunächst muss das Alter mit forensischen Methoden festgestellt werden. Die bloße Behauptung des Asylanter er sei unter 18 reicht nicht aus. Eine Aufnahme in die Ausbildungspflicht ist aktuell nicht vorgesehen.	Bezüglich des Fair-Tickets sind wir grundsätzlich für die soziale Staffelung von Öffi-Dauertickets. NEOS ist für die Einführung flächendeckender, kostenloser Deutschkurse, um Integration zu erleichtern. Es ist nicht in Ordnung, dass es so stark vom Wohnsitz abhängt, inwieweit es ausreichend niedrigschwelliges Angebot an Deutschkursen gibt. Während in manchen Bundesländern (zB Wien) für Neuankommlinge extrem viel angeboten wird, wurschteln sich andere BL mit dem nötigsten durch. Wir sind für einen Anspruch auf Ausbildung bis 18, unter den folgenden Voraussetzungen: • Es gibt genügend zusätzliche Mittel, um für diese Gruppe passendes Angebot zur Verfügung zu stellen. • Die Ausbildungsmöglichkeiten sind gut durchdacht: Pflichtschulabschluss , Erwerb von Deutschkenntnissen und weiterführende Ausbildungen in Mangelberufen stehen im Vordergrund.	keine Antwort
ja	ja	ja	nein	keine Antwort	keine Antwort	Klimarat haben wir schon mehrmals gefordert und ist in unserem Wahlprogramm.	Unser Ziel ist es, Niederösterreich zu demokratisieren und transparenter zu machen. Bürger*innenräte sind hierfür eine vielversprechende Möglichkeit Mitbestimmung bei wichtigen Themen zu ermöglichen und unsere Demokratie zu ergänzen.	Wir unterstützen alle Maßnahmen, die Mitbestimmung stärken und demokratische Prozesse öffnen. Mit unseren Forderungen nach finanzieller Entlastung wollen wir auch erreichen, dass die Menschen mehr Zeit haben und auch Interesse entwickeln können, sich für gesamt-gesellschaftliche Anliegen zu engagieren. Wer seine soziale Absicherung nicht gewährleistet sieht (für Wohnen, Energie, Nahrung, ...) bringt sich nicht in politische, gesellschaftliche Prozesse ein. Es gibt vielfältige Möglichkeiten für alle sofort spürbar Erleichterungen zu schaffen – jenseits von Einmal-Zahlungen, die wieder verpuffen – von der Freifahrt mit Öffis , über die kostenlose Energiegrundversicherung für Haushalte bis zur Anhebung von Sozialleistungen. Und es ist in NÖ umsetzbar oder herstellbar. So ist etwa die EVN mehrheitlich im Eigentum unseres Bundeslandes, die Gestaltung der Mindestversicherung ist Landessache.	Es gibt in Österreich und Niederösterreich zahlreiche Vereine, Verbände, NGOs, udgl. deren Zweck genau für die von Ihnen beschriebene Belange in Frage kommen. Wir sind daher skeptisch, dass es Sinn macht, noch mehr Institutionen zu gründen, welche mit den Zwecken der bereits existierenden Institutionen weitgehend konkurrieren.	Ja – es braucht in NÖ mehr zivilgesellschaftliches Engagement, wie zum Beispiel einen Jugendrat.	keine Antwort